

Editorial: Mut zum Möglichen: Armut ist vermeidbar!

Eugen Bierling-Wagner, Hansjörg Schlechter, Josef Mauerlechner, Martina Kargl, Martin Schenk, Michaela Moser

„Von TINA zu TAMARA“: Als wir im Zuge der Vorbereitungen für die 6. Österreichische Armutskonferenz, deren Themen, Diskussionen und Ergebnisse diese Publikation sichern soll, nach einem passenden Titel suchten, haben wir auch diesen erwogen. TINA steht für „there is no alternative“, und damit für jenen von Margaret Thatcher geprägten Satz, der für viele zum Synonym für eine Politik der Sachzwänge wurde. Die widersprechende Antwort auf TINA lautet TAMARA: „there are many and realistic alternatives“.

Auch wenn wir uns dann für einen anderen, selbst erklärenden Titel entschieden haben: das Konzept der 6. Armutskonferenz folgte dem Motto „von TINA zu TAMARA“. Das insofern, als es auf dieser Konferenz darum ging, gängige sozio-ökonomische Mythen aufzuzeigen und zu dekonstruieren. Um dann gemeinsam mit den rund 400 TeilnehmerInnen aus sozialen Organisationen, Betroffengruppen, Armutsforschung und politischen Institutionen die vorhandenen sozialen Alternativen sichtbar zu machen, zu diskutieren und weiterzuentwickeln.

Mythen entzaubern

„Der Mythos ist eine entpolitisierte Aussage“, schrieb der französische Philosoph und Semiotiker Roland Barthes in seiner vor 50 Jahren erschienenen Aufsatzsammlung „Mythen des Alltags“. Damit meinte er, dass Mythen den Dingen den Anstrich der Natürlichkeit geben. Mythen lassen vergessen, dass Umstände nicht vom Himmel fallen, sondern das Ergebnis geschichtlicher Ereignisse und damit in der Regel menschlichen Handelns sind, zu dem es immer auch Alternativen gibt. Mythen sind nicht einfach da: sie werden geschaffen, um genutzt zu werden.

In der Politik begegnen uns Mythen in Gestalt von Sachzwängen, mit der die sogenannte „Reformpolitik“ legitimiert wird, wie Sieglinde Rosenberger in ihrem Beitrag unterstreicht. Sachzwänge erweisen einer Politik, die unpopuläre Maßnahmen umsetzen will, einen unschätzbaren Dienst: „Die Botschaft ist deutlich: es geht nur so und nicht anders“. Auf Sachzwänge kann nur reagiert werden. Sie machen das Nachdenken über alternative Politik hinfällig und Begründungen obsolet.

Ob Talkshow, Zeitungs-Feuilleton oder so mancher Uni-Hörsaal: Dass wir uns den Sozialstaat nicht mehr leisten können – weder finanziell noch in Hinblick auf die Gerechtigkeitsmuster, auf denen er aufbaut – wird längst als Faktum gehandelt. Das gilt auch für die Behauptung, der Sozialstaat mache jene, denen seine Leistungen zugute kommen, abhängig und halte sie in Armut gefangen.

Empirische Belege sind zur Legitimierung dieser und ähnlicher Mythen nicht von Nöten oder werden – wenn sie eine andere Sprache sprechen – einfach ignoriert. Arbeitsmarkt“reformen“ bauen nicht nur in Deutschland auf dem empirisch unhinterfragten Menschenbild des Arbeitslosenfallen-Theorems auf, wie Gerhard Bäcker zeigt. So werden die Opfer der strukturellen Erwerbslosigkeit zu TäterInnen gemacht, die aufgrund mangelnder Anreize freiwillig erwerbslos bleiben.

Für Ambivalenzen und Unvorhersehbarkeiten ist in Mythen kein Platz: Dass es in 50 Jahren aus demographischen Gründen keine existenzsichernden Leistungen eines öffentlichen Pensionssystems mehr geben kann, scheint ebenso selbstverständlich wie die Schlussfolgerung, dass nur private Vorsorge vor Verelendung im Alter retten könne. Das bewusste „Vergessen“ von Fakten macht aus Debatten über Demographie Demagogie, weist Gerd Bosbach in seinem Beitrag nach. Nicht weiter erklärt werden muss, dass in diesem Konzept, in dem sich jedes Individuum selbst die oder der nächste ist, für Solidarität kein Raum ist.

Als Mythos entlarvt werden muss auch die Rede von gleichen Aufstiegschancen für alle, „die nur wollen“. Nach wie vor werden Zukunftschancen von Kindern von deren sozialer Herkunft bestimmt. Aus armen Kindern werden arme Eltern, aus reichen Kindern reiche Eltern. Und die armen Kinder von heute sind die chronisch Kranken von morgen. Das österreichische Bildungs- und Sozialsystem schafft es nicht trotz insgesamt guter sozialer Sicherung, die Aufstiegschancen einkommensschwächerer SchülerInnen zu verbessern.

Der Anstieg von Menschen, die arm trotz Arbeit sind widerlegt den Mythos, dass „sozial ist, was Arbeit schafft.“ Unter dem Motto „Hauptsache Arbeit“ wird in der Folge der Blick auf die wachsenden Existenznotstände in Billigjobs, von denen in erster Linie Frauen betroffen sind, abgelenkt. Wirtschaftlich und gesellschaftlich notwendige Arbeiten im Haushalt, in der Versorgung und Pflege von Angehörigen, der Kinderbetreuung, aber auch im gesellschaftlichen Umfeld müssen un- und unterbezahlt erbracht werden.

Um den vielfältigen „Mythen der Arbeit“ wirksam entgegenzutreten braucht es deshalb, so Adelheid Biesecker, eine „andere Rationalität“ und die Perspektive auf das „Ganze der Arbeit“. Denn „soziale Sicherheit und Beschäftigung für alle kann dauerhaft nur erreicht werden, wenn das Verständnis von Arbeit sowie die Qualität von Arbeit, ihre ‚Natur‘, verändert werden: Arbeit ist dann lebensdienlich und naturgemäß und umfasst alle Tätigkeiten, die gesellschaftlich nötig sind, um den gemeinschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozess dauerhaft zu gestalten.“

Mythen zu dekonstruieren, ist wichtig, um ihnen den Nimbus der Natürlichkeit und des Sachzwangs zu nehmen und deutlich zu machen, wie groß – und ungenutzt – der Spielraum der Politik ist.

Autoritative Sozialpolitik entlarven

Armut, Erwerbslosigkeit und soziale Not werden aus neoliberaler Perspektive nicht als gesellschaftliches Problem, sondern vielmehr als selbstverschuldetes Schicksal präsentiert. Oder wie es der Theoretiker der US-amerikanischen und britischen workfare-Modelle, Lawrence M. Mead, formuliert: „Wenn Armut eher dem Verhalten der Armen zuzuschreiben ist als den sozialen Schranken, dann

muss man dieses Verhalten und nicht die Gesellschaft verändern“. Diese Wende zu einer „autoritativen“ Sozialpolitik koppelt sozialpolitische Leistungen strenger an Gegenleistungen und möchte „erzieherisch“ wirken. Damit wird auch die Soziale Arbeit an die Kandare genommen und bekommt einen neuen, repressiveren Stellenwert im Gewand des Ökonomismus.

Das Konzept des „aktivierenden Staates“ setzt einen „starken“, ja autoritären, wieder paternalistischen Staat voraus, der steuert, kontrolliert und erzieht. Dies scheint der Forderung nach „weniger“ Staat zu widersprechen. Der Widerspruch ist jedoch lediglich ein scheinbarer. Denn die Forderung nach dem schlanken Staat bezieht sich immer nur auf einen Typus der Staatstätigkeit, den Keynesianischen Wohlfahrtsstaat. Sie richtet sich gegen seine sozialen Sicherungssysteme und gegen eine staatlich bzw. öffentlich organisierte Daseinsvorsorge. Die Repressions- und Kontrollfunktionen staatlicher Herrschaft wird nicht infrage gestellt, da die Workfare-Konzepte nur durch ein Mehr an Kontrolle und Sanktion umzusetzen sind.

Im Rahmen dieser Entwicklung zeichnet sich insbesondere eine Aufwertung kontrollierender und repressiver Elemente staatlicher wie sozialstaatlicher Interventionen ab. In deren Folge zeigen sich die Konturen einer neuen Sicherheitsgesellschaft, die Prävention als Soziale Kontrolle und Disziplinierung organisiert und sich auch durch eine (neue) Lust am Strafen auszeichnet. Diese Politik der Härte geht einher mit steigenden Inhaftierungsraten in allen Industriegesellschaften und mit immer härterem Vorgehen gegen als störend empfundene, marginalisierte „Elemente“ (Obdachlose, BettlerInnen) in den innerstädtischen Räumen. Dem in der Workfare-Politik enthaltenen Zwang zur Inklusion stellt der starke Staat einen exkludierenden Zwang zur Seite: Wer sich nicht anpasst, wird bestraft durch Ausschluss; in seiner schärfsten Form durch Gefängnis oder durch den Ausschluss aus dem öffentlichen Raum, willfährig unterstützt von Sozialer Arbeit.

Zu kritisieren sind deshalb nicht „Auswüchse“ oder „Fehlentwicklungen“ oder „Ungerechtigkeiten“ des Strafens, sondern die Politik mit der Strafe, betont Helga Cremer Schäfer. „Nicht zuletzt deshalb, weil Kriminalisierung und staatliches Strafen eine der wichtigsten Ressourcen sind Armutsfeindlichkeit zu legitimieren.“

Soziale Alternativen aufzeigen

Mythen blockieren Veränderungen. Solange ökonomische Mythen wie „Jeder kann gewinnen, wenn er nur will“, „Sozial ist nur, was Arbeit schafft“ oder „Soziales schadet der Wirtschaft“ nicht vom Tisch sind, wird es zur keiner Verbesserung der Lebenssituation sozial Benachteiligter kommen.

„Die aktuelle Neuordnung des sozialstaatlichen Handelns hat Konsequenzen für die sozialen Professionen. Soziale Arbeit wird zwar offiziell zu einer wichtigen Stütze des neuen Sozialstaates, dieser hat aber andererseits auch konkrete Vorstellungen über Umfang und Ziel der Interventionen durch die sozialen Professionen. Stark infrage gestellt werden deshalb gegenwärtig nicht nur die Werteorientierung der Träger sozialer Arbeit, sondern auch die

wissenschaftlich-fachliche Expertise der Fachkräfte“, so Heinz Jürgen Dahme.

Die Entmythifizierung vermeintlicher Tatsachen stand daher im Mittelpunkt des ersten Teils der 6. Österreichischen Armutskonferenz.

Viele zeitgemäße Konzepte für soziale Alternativen liegen nämlich längst auf dem Tisch. Darunter das Mindestsicherungs ABC der Armutskonferenz, Konzepte für eine sozial durchlässige Schule, Gesundheitsprävention für sozial Benachteiligte, den gerechteren Zugang zu adäquaten Finanzdienstleistungen, sowie innovative und nachhaltige Modelle der Arbeitsmarktintegration und Strategien zur Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit.

Politik ist am Beitrag zur Armutsvermeidung zu messen

Ein zukünftiges Europa wird sozial sein oder es wird nicht sein“, unterstrich Fintan Farrell vom europäischen Armutsnetzwerk EAPN die Notwendigkeit auch auf europäischer Ebene auf soziale Alternativen zu setzen.

„Europa braucht starke Wohlfahrtsstaaten, starke Wohlfahrtsstaaten brauchen ein soziales Europa“, so Farrell, der an das Versprechen der europäischen Staatschefs, einen entscheidenden Beitrag zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung zu leisten, erinnerte.

Die vielen sozialen Alternativen müssen in diesem Sinne zu einer gemeinsamen europäischen Sozialstrategie zusammengeführt werden. Entscheidende Impulse kommen dabei auch aus Armutsnetzwerken der neuen Mitgliedsstaaten.

Wahlentscheidungen und soziale Protestbewegungen belegen, dass immer mehr BürgerInnen immer weniger an die ökonomischen Mythen glauben, die ihnen seit Jahren aufgetischt werden und Politik zunehmend an ihrem Beitrag zur Armutsvermeidung gemessen wird.

Wirksame Armutsbekämpfung wird dabei als einzig von politischen Prioritäten abhängig, deutlich. Eine Politik des sozialen Ausgleichs würde dafür sorgen, dass der Reichtum für alle reicht. Politik in diesem Zusammenhang heißt, wie Fabian Kessel ausführt, dass „Zivilgesellschaftliche Öffentlichkeiten die Möglichkeiten und Kontexte menschlicher Lebensführungsweisen skandalisieren, das heißt auf die zunehmende Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen hinweisen – in privater und familiärer Abhängigkeit ohne öffentliche Unterstützungsmöglichkeiten, auf die Zahl der Illegalisierten ohne Staatsbürgerschaftsrechte, derjenigen, die in Angst vor einem zukünftigen Leben im Alter, leben, und nicht zuletzt derjenigen, die sich immer häufiger mit einem moralischen Vorwurf konfrontiert sehen, die eigene Lebensgestaltung scheinbar nicht ausreichend verantwortlich übernommen zu haben“.

Machen wir uns nichts vor: Armutsbekämpfung ist möglich. Armut ist vermeidbar.